Jugend will eine Zukunft

“Industrie für unsere Hauptstadt!”

Wählen Sie

Daniel Buchmann

www.daniel-buchmann.de

BüSo

Schicksalswahl für Berlin am 17. September!

von Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Liebe Berliner Wähler!

Wenn Sie am 17. September Ihre Stimme bei der Wahl für das Berliner Abgeordnetenhaus abgeben, dann ist dies wichtiger als Ihre Stimmabgabe bei irgendeiner Wahl, die in Berlin je stattgefunden hat. Warum? Es geht nicht nur um eine existentielle Weichenstellung für Berlin selbst, sondern diese Wahl findet zu einem Zeitpunkt statt, an dem sich auf der Weltbühne seismische Veränderungen vollziehen, über die das Wahlergebnis von Berlin zwar nicht entscheiden wird, bei denen es aber ein wichtiger Teil einer positiven Lösung sein kann.

Was sind diese „seismischen Veränderungen“? Wir alle werden es noch vor der Wahl im September zu spüren bekommen: Die Weltpolitik wird gegenwärtig von zwei fundamentalen Prozessen bestimmt. Die eine Dynamik besteht darin, daß sich die oligarchischen Finanzkräfte ganz offen für ein neues Weltreich in der Tradition des Römischen Reiches aussprechen, wie das soeben der Chef der amerikanischen Zentralbank, Ben Bernanke, auf einer Konferenz der Banker in Jackson Hole im US-Bundestaat Wyoming getan hat. Aber gleichzeitig wächst überall auf der Welt der Widerstand gegen dieses Weltreich, am wichtigsten in den USA selbst, aber auch in Asien, in der arabischen Welt, in Lateinamerika, in Europa.

Die zweite wesentliche Entwicklung besteht darin, daß es inzwischen selbst den hartgesottensten Anhängern der Globalisierung (sprich: des Weltreichs) dämmert, daß dieses System heute mindestens genauso bankrott ist, wie es die kommunistische Wirtschaft im November 1989 war. Die ganze internationale Finanzpresse kommt nicht darum herum zu berichten, daß der gesamte amerikanische Immobilienmarkt dabei ist, zusammenzubrechen. Als Folge davon wird der Dollar kollabieren, die asiatischen und europäischen Exporte in die USA werden dann massiv einbrechen, die gigantische Blase der sogenannten Derivatkredite wird platzen, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften werden pleite machen - kurz: es kommt zum Systemkrach.

Herr Bernanke ist in der Finanzwelt als „Herr Hubschrauber-Geld“ bekannt, weil er wiederholt äußerte, ehe man den Bankrott von Banken und Megafirmen zuließe, solle man lieber mit Hubschraubern über die Städte fliegen und Geldnoten abwerfen. Als letzter Ausweg also Hyperinflation wie 1923 in Deutschland, die natürlich genau wie damals die Sparguthaben der sogenannten kleinen Leute auffräße. In Erwartung dieser Entwicklung haben sich die sogenannten Megaplayers längst den Zugriff auf Sachwerte gesichert.

Eigentlich ist die ganze Politik der Regierung Bush-Cheney und der Regierung Blair seit dem 11. September auf die Errichtung eines neuen Weltreichs in der Tradition des Römischen Reiches ausgerichtet. Aber wie man gesehen hat, klafft zwischen der Phantasie, alle unliebsamen Regierungen der Welt durch „Regimewechsel“ zu beseitigen, und der Fähigkeit, dies auch in Wirklichkeit tun zu können, eine Riesenkluft. Die Lage in Afghanistan, wo die Taliban längst dabei sind, die Macht zurückzuerobern, ist ein Desaster; im Irak tobt ein furchtbarer Bürgerkrieg, bei dem inzwischen täglich bis zu hundert Menschen umkommen und die USA noch froh sein können, wenn sie mit einigermaßen heiler Haut wieder herauskommen. Und der Mythos, daß Israel militärisch unbesiegbar sei, ging im Libanon gerade unter.

Wer aber wie Bernanke und die Neocons ein Weltreich anstrebt, will natürlich alle Regierungen beseitigen, die sich dem entgegenstellen, und das betrifft auch Teheran. Soeben warnte der russische General Leonid Iwaschow, die USA, Israel und möglicherweise auch Großbritannien könnten die Ankündigung der iranischen Pläne, einen Schwerwasser-Reaktor zu bauen, zum Vorwand für einen Militärschlag nehmen. Diese Gefahr wird sicherlich dadurch erhöht, daß der Iran auf dem Recht zur eigenen Atomanreicherung besteht. US-Vizepräsident Cheney warnte soeben, „die Ter-

roristen“ planten letztlich ein totalitäres Empire von „Spanien über Nordafrika, den Nahen und Mittleren Osten, Südasien bis nach Indonesien“. Soll das heißen, daß mehr als eine Milliarde Moslems allesamt „Terroristen“ sind? Und Verteidigungsminister Rumsfeld schloß erneut einen „dritten Krieg“ gegen den Iran nicht aus. Käme es dazu, drohte die Welt in die Katastrophe eines globalen asymmetrischen Krieges zu stürzen.

Dabei muß man in Rechnung stellen, daß ideologische Verblendung schon immer eine große Rolle beim Ausbruch von Weltkriegen gespielt hat. Aber ebenso sollte man nicht vergessen, daß in den 20er und 30er Jahren die großen Kartelle die Regime von Mussolini, Hitler, Franco und Pétain finanziell unterstützt und an die Macht gebracht haben. Und was meint Bernanke eigentlich, wenn er explizit ein Weltreich in der Tradition des Römischen Reiches, der britischen und holländischen Handelsgesellschaften des 16. Jahrhunderts und des Freihandels des Britischen Empire propagiert?

Gemeint ist damit eine Art Neofeudalismus, bei dem der souveräne Nationalstaat als Verteidiger des Gemeinwohls eliminiert ist, und statt dessen die uneingeschränkte Macht bei einigen wenigen supranationalen Kartellen und Finanzkonglomeraten liegt, die die Profitmaximierung für eine sehr kleine Finanzoligarchie rücksichtslos durchsetzt. Diese Konzeption einer „Weltfirma“ wurde schon 1968 vom ehemaligen Chef der Bank Lehmann Brothers, George Ball, auf einem Treffen der berüchtigten Bilderberger-Gesellschaft vorgeschlagen. Laut Ball sollte diese Weltfirma der Kartelle die Nationalstaaten ersetzen.

Genau die gleiche Idee wird seit 2001 von den damaligen US-Botschaftern in Paris und Berlin, Felix Rohatyn und John Kornblum mit ihrer Initiative für ein weltweites Netzwerk „smarter“ Bürgermeister und Topmanager propagiert, die nicht mehr nationale Interessen vertreten sollen, sondern eine Identität als „world corporate citizen“, als „Bürger von Weltfirmen“ haben sollen. Natürlich sind diese Topmanager niemandem mehr Rechenschaft schuldig (nur ab und zu werden sie erwischt, wie sie sich die Taschen vollstopfen). Und wenn alles privatisiert ist, also auch die Bereiche des öffentlichen Lebens, die jetzt noch der staatlichen Fürsorgepflicht obliegen, wie z.B. Gesundheit, Erziehung, kommunale Infrastruktur, dann sind die Armen eben die Dummen. Es ist daher sehr interessant, wenn jetzt dieser Felix Rohatyn, der die Hauptverantwortung für die Demontage des amerikanischen Autosektors trägt, zu der Bank Lehmann Brothers überwechselt, die seit nunmehr fast 40 Jahren die Idee der „Weltfirma“ propagiert.

Wir stehen vor einer großen Gefahr. Wenn es in allernächster Zukunft zum Systemkrach kommt - wahrscheinlich ausgelöst durch den Kollaps des amerikanischen Immobiliemarktes - , dann werden die Kartelle und Finanzkonglomerate versuchen, die Kontrolle über die Energie- und Rohstoffvorkommen zu behalten und ansonsten brutalste Sparpolitik durchzusetzen. Der neoliberale Ökonom Abba Lerner drückte es schon 1971 in einer Debatte mit Lyndon LaRouche so aus: „Wenn wir die Leute dazu kriegen, Hjalmar Schacht zu akzeptieren, dann brauchen wir keinen Hitler.“ Leider marschieren wir in Berlin unter dem Diktat des Stabilitätspakts des Maastrichter Vertrages genau in diese Richtung. Und der Weg dahin wird auch beschritten, wenn Bundeskanzlerin Merkel die „harten Maßnahmen“ ihrer Regierung verteidigt.

Wie Roosevelt Faschismus definierte

1938, als ein neuer Weltkrieg bereits abzusehen war, beschloß der amerikanische Präsident Franklin Delano Roosevelt, gegen „das System der Kartelle“ vorzugehen, wie der damalige Leiter der Antitrust-Abteilung des US-Justizministeriums, Thurman Arnold, später in seinem Buch *Demokratie und Freihandel* schrieb. Roosevelt forderte den Kongreß auf, eine Untersuchung darüber einzuleiten, in welchem Maße die Kartelle die US-Wirtschaft kontrollierten.

Er warnte, daß die Ereignisse in Europa „uns an zwei einfache Wahrheiten über die Freiheit eines demokratischen Volkes gemahnt haben. Die erste dieser Wahrheiten ist, daß die Freiheit der Demokratie nicht sicher ist, wenn das Volk es duldet, daß private Macht so weit um sich greift, bis sie stärker wird als der demokratische Staat selbst. Das ist im Kern der Faschismus - der Besitz der Regierung durch ein Individuum, eine Gruppe oder irgendeine andere kontrollierende private Macht. Die zweite Wahrheit besagt, daß die Freiheit einer Demokratie nicht sicher ist, wenn ihr Unternehmenssystem nicht Beschäftigung und die Produktion und Verteilung von Gütern auf eine Art sicherstellt, die einen akzeptablen Lebensstandard aufrechterhält.“

Weiter sagte „FDR“, die Untersuchung „sollte nicht auf den traditionellen Antitrust-Bereich beschränkt sein“, sondern müsse so durchgeführt werden, daß „der Vormarsch des Kollektivismus im Geschäftsleben gestoppt“ werde - auf gut deutsch: Die amerikanischen Zweige der internationalen Kartelle sollten nicht nur untersucht, sondern zerschlagen werden.

WIDERSTAND GEGEN DAS WELTREICH FORMIERT SICH

Der Versuch, ein neues „globalisiertes“ Weltreich der Megafirmen zu schaffen einerseits, und der wachsende weltweite Widerstand dagegen andererseits sind gewissermaßen weltweit zum wichtigsten polarisierenden Thema geworden. Ironischerweise werden Historiker später feststellen, daß die Regierung Bush enorm viel für die Völkerverständigung getan hat. Denn es war vor allem der Anspruch des Unilateralismus seitens der Neocons, der zu einer beschleunigten Zusammenarbeit zwischen Nationen geführt hat, die sonst viel länger gebraucht hätten, um ihre historisch begründeten Differenzen zu überwinden.

Es gibt derzeit zwei wichtige Blöcke der Zusammenarbeit, die potentielle Bausteine für die gerechte neue Weltwirtschaftsordnung darstellen können,

die das kollabierende System der Globalisierung ersetzen muß. Der eine ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), zu der Rußland, China und die zentralasiatischen Staaten gehören, und der Indien, Pakistan, die Mongolei und der Iran als potentielle zukünftige Mitglieder zugeordnet sind. Zwischen diesen Staaten vollzieht sich eine wachsende wirtschaftliche, wissenschaftliche und politische Kooperation, die durchaus in die Richtung der Verwirklichung der Eurasischen Landbrücke geht, für die sich die LaRouche-Bewegung seit 1991 einsetzt.

Der zweite Block entsteht in Zentral- und Südamerika um die Organisation MercoSur. Die Regierung Kirchner in Argentinien spielt dabei eine führende Rolle, indem sie das Gemeinwohl der argentinischen Bevölkerung gegen den Druck des IWF durchsetzt. Die Regierung hat soeben auch eine Renaissance des argentinischen Kernergieprogramms angekündigt, das in den 90er Jahren auf Druck des IWF unterbrochen worden war, und zwar ausdrücklich zum Vorteil des ärmeren Teils der Bevölkerung. Der Widerstand des Kandidaten der PRD, Lopez Obrador, der nicht bereit ist, den Wahlbetrug des Kandidaten der PAN, Calderon, bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Mexiko hinzunehmen, ist ein anderer Ausdruck des Widerstandes gegen die Globalisierung in Lateinamerika.

Mehrere Staatschefs und ein Großteil der Bevölkerung in Südamerika haben verstanden, daß sie sich der Globalisierung widersetzen müssen, wenn der Kontinent nicht in ein finsteres Zeitalter abstürzen soll. Wie ein solches finsteres Zeitalter aussähe, davon geben die Verhältnisse in El Salvador einen Vorgeschmack. Dort ist die Regierung inzwischen ziemlich machtlos gegenüber einer hundertzwanzigtausend Mann starken Bande, die raubend und mordend durch das Land zieht.

Der entscheidende Anstoß für den Ausweg aus dem bevorstehenden Systemkrach muß natürlich aus den USA selbst kommen. Nur wenn es Lyndon LaRouche und seiner Bewegung gelingt, das wahre Amerika in der Tradition der amerikanischen Revolution, der Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung zu verteidigen und lebendig zu machen, gibt es Hoffnung auf eine positive Lösung. Aber genau dies ist wahrscheinlicher, als es die kontrollierten deutschen Medien je berichten würden, die sich nicht einmal trauen, über die satirischen Sendungen im amerikanischen Fernsehen zu berichten, die anhand von Videoclips herauszufinden versuchen, ob „Bush ein Idiot“ ist.

Wenn die Versuche von Lyndon LaRouche, die Demokratische Partei und moderate Teile der Republikanischen Partei zur Tradition Franklin D. Roosevelts und seiner Politik des New Deal, also der staatlichen Kreditschöpfung, und des Bretton-Woods-Systems zurückzuführen, dann können auch in Europa die Weichen in diese Richtung gestellt werden. Es gibt nur einen rationalen Ausweg aus der Krise: Wenn in den nächsten Wochen deutlich wird, daß das gegenwärtige mit der Globalisierung verbundene System hoffnungslos bankrott ist, dann muß eine Notkonferenz auf der Ebene der Staatschefs abgehalten werden, die ein „Neues Bretton Woods“, also ein neues Weltfinanzsystem, beschließt.

Was das alles mit Ihrer Stimme bei der Wahl am 17. September in Berlin zu tun hat? Eine ganze Menge! Denn die BüSo ist keine kleine Partei, die einfach aus dem Blauen heraus die Reindustrialisierung Berlins als Tor für Eurasien fordert. Wir haben bereits im November 1989 und verstärkt nach 1991 ein Programm für die wirtschaftliche Integration Eurasiens vorgelegt. Unser Programm für den Ausbau der Eurasischen Landbrücke als Kernstück eines Wiederaufbaus der Weltwirtschaft, der Mittel- und Südamerika und Afrika miteinschließt, ist weltweit bekannt als Alternative zum gegenwärtigen kollabierenden System.

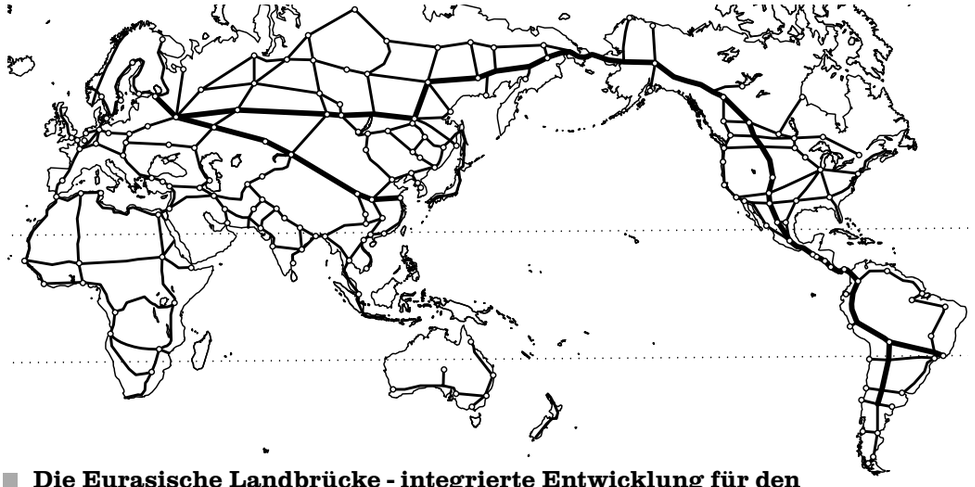
Die BüSo ist die einzige Partei, die eine Vision hat, wie die nächsten 50 Jahre auf unserem Planeten so gestaltet werden können, daß wir als wichtigste Aufgabe die Armut in der Welt überwinden, und zwar in Deutschland ebenso wie in anderen Nationen. Dazu müssen wir uns einfach auf die wirtschaftlichen Prinzipien besinnen, die die Grundlage waren, als es der Wirtschaft gut ging - in Deutschland also auf die Philosophie, die nach 1945 innerhalb weniger Jahre zum deutschen Wirtschaftwunder führte.

Und die BüSo ist auch die einzige Partei, die Verbindungen sowohl zur Opposition gegen die Regierung Bush-Cheney in den USA als auch zu Regierungskreisen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Asien und des MercoSur in Lateinamerika unterhält. Wenn wir also von einer gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung sprechen, dann hat das einen realen Bezug.

Ich möchte Sie deshalb bitten, der BüSo und unserem Spitzenkandidaten Daniel Buchmann Ihre Stimme zu geben. Wenn Sie so mithelfen, daß die BüSo eine gestaltende Kraft im Berliner Abgeordnetenhaus werden kann, haben Sie das Beste getan, damit von Berlin eine Signalwirkung nicht nur für die Reindustrialisierung Berlins, sondern ganz Deutschlands ausgeht.

Helfen Sie uns, Deutschland aus dieser existentiellen Krise zu retten!

Ihre Helga Zepp-LaRouche,
Bundesvorsitzende der BüSo



Die Eurasische Landbrücke - integrierte Entwicklung für den gesamten Kontinent mit Berlin als Drehkreuz und Industriezentrum für Transrapid und Kernkraft.

Berlin braucht eine Zukunft:
BüSo ins Abgeordnetenhaus!

von Daniel Buchmann, Spitzenkandidat der BüSo

Während sich die Mehrheit der Menschen mit Verachtung von den etablierten Parteien und ihren Phrasendreschern, manche nennen sie Politiker, abwenden, erhält unser nichtregierender Klaus Wowereit eine recht zweifelhafte Unterstützung, die jeden Berliner veranlassen sollte, nachzudenken, welche Partei und welcher Kandidat wirklich das Gemeinwohl aller vertritt. Das Hausorgan der britischen Finanzelite, die Financial Times, erteilte Wowereit am 14. August das Wort – und das in der englischen und deutschen Ausgabe zugleich:

Die Wirklichkeit ist: Wir erleben das vollständige Versagen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems.

Wowereit lobt die Vorzüge der nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft: „Ich möchte wirklich wissen, warum manche Leute den Wert eines Jobs im Tourismus geringer einschätzen als einen Industriejob." Daß qualifizierte Industriearbeit produktiver ist und besser bezahlt wird als die meisten Dienstleistungsarbeitsplätze, fiel Wowereit wohl nicht ein. Im Gegenteil: Berlins „Standortvorteil" seien die vergleichsweise niedrigen Löhne. „Arm, aber sexy." – Mit diesem Spruch zeigt Wowereit, wie egal ihm die Menschen sind, solange er seine feuchten Träume ausleben kann. Eine Zukunft Berlins als arme Medien-, Tourismus- und Eventstadt mit Hunderttausenden Arbeitslosen, Kinder- und Jugendarmut, Bildungsnotstand etc.? – Nein, danke, Herr Wowereit!

Auch Herr Pflüger, der 1991 gegen Berlin als Bundeshauptstadt war, ist kein unbeschriebenes Blatt. Besonders 2003, als der Irakkrieg vom Zaun gebrochen wurde, fiel Pflüger durch seine Freundschaft und Verbundenheit mit den amerikanischen Neocons und Kriegstreibern auf. So organisierte Pflüger USA-Reisen für Angela Merkel, inklusive Treffen mit Vizepräsident Dick Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld, die jetzt verhaßtesten Politiker in der Welt und auch in den USA. Ein Kriegstreiber vom Schlage Cheneys oder Rumsfelds ist Pflüger zwar nicht, aber Opportunisten, denen die Karriere wichtiger ist als Prinzipien, sind genauso gefährlich.

Die Wirklichkeit ist: Wir erleben das vollständige Versagen des herrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems. Für die meisten Menschen sind die krassen Auswüchse von Globalisierung, Sparpolitik, Privatisierung und Neoliberalismus unerträglich geworden. Die jahrelange Konkursverschleppung, bei der den Banken und Großkonzernen eine vielfach größere Schuld zukommt als den Regierungen, führt heute an einen Punkt, an dem jederzeit mit lawinenartigen Zusammenbrüchen wie 1989 oder 1929 zu rechnen ist.

Die Tatsache, daß ein bankrottes und korruptes System scheitert, ist nicht neu. Die wirkliche Frage ist, ob wir unsere Zivilisation und unsere Menschlichkeit behaupten können und diese Krise in eine Chance verwandeln, um unser Land und vielleicht die Menschheit als ganze um einiges voranzubringen.

Erlauben Sie mir, ein historisches Beispiel zur Verdeutlichung heranzuziehen:

Der Untergang des alten deutschen Kaiserreiches nach Napoleons Sieg bei Jena und Auerstedt vor genau 200 Jahren hätte auf unabsehbare Zeit das Ende Deutschlands und jedes deutschen Staates bedeuten können. Auf alle Fälle standen die bis dahin scheinbar unantastbaren Nutznießer der alten Feudalordnung da wie der berühmte Kaiser ohne Kleider, und dieses Mal ging ihnen das ganze Reich verloren. Endlich wurden nicht mehr nur die recht- und besitzlosen Bauern drangsaliert, sondern auch die scheinbar unantastbare Bürokratie der kaiserlichen Herrschaft drohte vor Napoleons Grande Armée sang- und klanglos unterzugehen.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die alten Regeln und Gewohnheiten bedeutungslos.

Das war der Moment der größten Staatsmänner, die Deutschland je hatte. Die zuvor scheinbar machtlose Minderheit der, wie man hätte meinen können, Fantasten und Idealisten, nämlich Wilhelm von Humboldt, Scharnhorst und vor allem vom Stein, hatten über Nacht die Hosen an im preußischen Staate. Bauernbefreiung, Städtereform, Bildungsreform und Heeresreform waren die ersten notwendigen Schritte, um Deutschland aus der mittelalterlichen Feudalordnung in die moderne Industriegesellschaft zu führen. Getragen wurde dieses Reformwerk vom Denken Schillers, der damals als Dichter der Freiheit im Herzen eines jeden Deutschen Platz fand.

Der von den Humanisten wie vom Stein, Schiller, Humboldt und Beethoven eingeschlagene Weg ist bis heute einer der besten Bezugspunkte der deutschen Kultur und Geschichte, und wurde sogar zu Deutschlands wichtigstem Beitrag für die Weltkultur. Es ist uns aber bis heute nicht gelungen, unsere kulturellen Errungenschaften politisch umzusetzen, um einen wirklich souveränen deutschen Staat im Sinne des Gemeinwohls aller Menschen zu schaffen. Selbst unsere klassische Kultur, die nach wie vor in der ganzen Welt bewundert wird, ist heute bestenfalls noch ein Schatten

ihrer selbst.

Obwohl die Statuen der Humboldt-Brüder, Friedrich Schillers und des Freiherrn vom Stein in Berlin stehen und noch heute jeden Menschen an diese Geschichte erinnern und auffordern, die damals angefangene Arbeit fortzusetzen, scheinen die Köpfe unserer Politiker aus härterem Material zu sein als die Stein- und Bronzebilder der Helden der Vergangenheit.

Urteilen Sie selbst: Die BüSo legt ein Programm vor, das eine wirkliche Alternative zu Sarrazins Sparpolitik und Wowereits „Arm, aber sexy"-Tourismusstadt darstellt.

Wir wollen langfristig 1 Million zusätzliche Industriearbeitsplätze, kurzfristig mindestens 250.000 Arbeitsplätze schaffen, um die Krise zu überwinden.

Wir wollen die produktive Grundlage schaffen, um Naturwissenschaften und klassische Kunst wieder zum Markenzeichen Berlins zu machen. Im 19. Jahrhundert wurde Berlin als „Spree-Athen" und „Elektropolis" gefeiert. Berlin war in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und Industrie weltweit führend. In dieser Situation Berlins und Deutschlands war der Aufbau des Sozialstaates unter Bismarck fast schon die gesetzmäßige Folge. Kein geringerer Standard als der eben angedeutete reicht aus, um eine Perspektive für die nächsten 50 Jahre Berlins zu entwickeln.

Mit diesem Programm wollen wir aufzeigen, was die nächste Regierung Berlins tun muß, um diese Stadt aus der Verarmung und Verelendung zu holen. Dazu wird ein Sofortprogramm vorgeschlagen, daß der unmittelbaren Wiederbelebung der Wirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen soll. Die weitere Perspektive wird sein, daß Berlin seine Rolle als Verkehrsknoten zwischen Ost- und Westeuropa, ja als Drehscheibe Eurasiens, ergreift und Teil haben wird am Aufbau der Eurasischen Landbrücke, der von vielen Ländern Asiens schon längst vorangetrieben wird.

Ihr Daniel Buchmann, Spitzenkandidat der BüSo, Direktkandidat in Marzahn-Hellersdorf (WK 6)

Landesliste der BüSo

für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Sept. 2006

Daniel Buchmann
Frank Hahn
Alexander Carl Pusch
Ulrike Lillge
Ilja Karpowski
Daniel-Enrico Grasenack-Tente
Monika Hahn
Dieter Kolb
Madeleine Fellauer
Evelin-Gisela Halke
Marlit Dietrich
Dr. Wolfgang Lillge
Jörg Pinkawa
Daniel Köppen
Rosa Tennenbaum
Björn Hinz
Heinrich-Wilhelm Köster
Gregoire Tombolo Wa Kadima Mukengechay

Unterstützung für Daniel Buchmann

Liebe zur Menschheit und Mut zur Wahrheit

Derotha Ann Reynolds, Mitglied des Zentralkomitees der Demokratischen Partei im US-Bundesstaat Nevada:

Daniel Buchmanns Bürgermeisterkandidatur in Berlin berührt genau das, was in der Welt heute am meisten gebraucht wird. Da er die Philosophie Lyndon LaRouches repräsentiert, trägt er im Herzen die Liebe zur Menschheit und im Kopf das Wissen darum, was für eine große Stadt und ihre Bevölkerung richtig ist. Als Mitglied des Vorstandes der Demokratischen Partei im Staate Nevada in den USA weiß ich, daß solche Kämpfe schwer sind, und es oft nicht willkommen ist, die Wahrheit zu sagen. Diejenigen, die mutig genug sind, das in revolutionären Zeiten der Veränderung zu tun, die willens sind, in solchen Zeiten menschlich und mutig zu handeln, werden in den Herzen und Gedanken der Menschen ewig leben. Es wäre angemessen, daß der erste in ein hohes politisches Amt gewählte Vertreter der weltweiten LaRouche-Jugendbewegung in Deutschland gewählt werden sollte, dem Lande Beethovens und Schillers.

Unterstützung für Daniel Buchmann

Im Geist von 1989

Karsten Werner (22), ehem. Oberbürgermeisterkandidat der BüSo Leipzig:

In turbulenten Zeiten wie diesen ist es mehr als aufmunternd, einen jungen Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters unserer Hauptstadt kandidieren zu sehen. Daniel hat den notwendigen Mumm und die passende Berliner Schnauze, um den lange überfälligen frischen Wind in die Bude zu bringen. Der Globalisierungsmief hat sich bundesweit nahezu flächendeckend breitgemacht, nicht nur in den heutigen Ruinen der ehemaligen Industriezentren Berlins, Leipzigs und des Ruhrgebietes, sondern auch in den Köpfen der Deutschen, besonders der Politiker.

Der Grund hierfür ist ein kultureller Verfall, der wahrlich seinesgleichen sucht, durch den die Moral der Mehrheit unserer Bevölkerung zerrüttet wurde, die sich nun mit hanebüchenen Ausreden wie „die da oben..." selbst der Verantwortung entzieht. So findet sich die junge Generation in einer Welt, in der nicht mehr die Zukunft, sondern nur noch das „Jetzt und Hier" zählt. Die katastrophalen Auswirkungen dieser Geisteshaltung sind ja bekannt: Jugendliche verlieren sich in der surrealen Welt von Drogen und meschugge machender Musik, ziehen auf der Suche nach Arbeit wie Zigeuner durch das Land und entvölkern so vor allem den Osten der Republik.

Daniel will diesem Schmarrn ein Ende setzen, und kann hier auf seine Mitgliedschaft in der internationalen Jugendbewegung des amerikanischen Ökonomen Lyndon LaRouche verweisen. Diese Bewegung ist die führende Kraft für eine neue gerechte Weltwirtschaftsordnung, in der Armut ein Fremdwort werden muß.

Als ehemaliger Oberbürgermeisterkandidat in Leipzig unterstütze ich die Kandidatur Daniel Buchmanns mit Leibeskräften und übergebe ihm hiermit den Staffelstab. Möge derselbe Geist, der ´89 von Leipzig nach Berlin zog und zur friedlichen Revolution führte, seine Kampagne und die Berliner beflügeln!

Sofortprogramm für Berlin

Daniel Buchmann: Meine ersten Amtshandlungen als Regierender Bürgermeister

Die Maßnahmen des Programms sollen:

- unmittelbar Arbeitsplätze schaffen, bis Vollbeschäftigung erreicht ist;
- dadurch die soziale Lage, gekennzeichnet von wachsender Armut, Perspektivlosigkeit und Kriminalität, verbessern;
- die vernachlässigte, teils bereits desolate Infrastruktur der Stadt instandsetzen und modernisieren;
- ein Klima allgemeiner Investitionen und vermehrter Gewerbetätigkeit, besonders in Bereichen wie dem mittelständischen Maschinenbau schaffen;
- durch steigende Beschäftigung und Produktivität das Steueraufkommen wiederherstellen.

Einige der Maßnahmen betreffen nur das Land Berlin und können direkt umgesetzt werden, andere fallen in bundespolitische Kompetenzen, werden aber mit aufgeführt, da sie für Berlins Rolle als Drehkreuz der Eurasischen Landbrücke entscheidend sind:

Friedrich List

Die Maßnahmen lauten u. a.:

- Verlängerung der U1 von Warschauer Str. bis Frankfurter Allee
- Verlängerung der U3 von Krumme Lanke bis S-Mexikoplatz;
- Verlängerung der U5 vom Alexanderplatz bis zum Hauptbahnhof;
- Bau einer U10 Steglitz-Schöneberg-Mitte-Weißensee-Hohenschönhausen;
- Umfassende Modernisierung und Instandsetzung der seit Jahren vernachlässigten Infrastruktur. Allein hier ist von einem Rückstand an Investitionen in Höhe von 50 Mrd. € auszugehen, der über die kommenden Jahre abzuarbeiten ist. Zu nennen sind:
  - Straßen, Brücken, öffentlicher Nahverkehr;
  - Wasser-, Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung,
  - Schulen, Kindergärten, Sport- und Jugendeinrichtungen;
  - Krankenhäuser;
  - öffentlicher Wohnungsbau,
  - sonstige Infrastruktur;
- besondere Maßnahmen, um allen Jugendlichen Schulbildung, Berufsausbildung und Arbeitsplatz zu garantieren;
  - Die Lehrpläne der Schulen müssen eine besondere Betonung auf Naturwissenschaften und Sprachen bekommen;
  - Nicht zu unterschätzen ist die Charakterbildung, wofür klassischer Musik, Chor und Dichtern wie Friedrich Schiller eine besondere Bedeutung eingeräumt werden muß;
  - Universitäten müssen mehr Ingenieure ausbilden und dafür entsprechend finanziert werden;
- Aufforderung an die Bundesregierung, ein deutsches Transrapidnetz zu bauen;
- Aufforderung an die Bundesregierung, bei Sperenberg einen Weltflughafen für Güter und Personen zu bauen, um Berlin-Brandenburg zur Drehscheibe und zum produktiven Zentrum Eurasiens zu machen.

Diese und andere Projekte können schnell umgesetzt werden, da die entsprechenden Pläne größtenteils seit Jahren vorhanden sind.

Das alles erfordert, daß in puncto Finanzierung jedes Buchhalterdenken verboten wird, und wir uns wieder an erfolgreicheren Beispielen wie Friedrich Lists Politischer Ökonomie orientieren:

Es ist von Investitionen in Höhe von 10 Mrd. € pro Jahr auszugehen, das soll zur Schaffung von ca. 250 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen reichen.

Diese Investitionen tragen sich zur Hälfte selbst, da jeder neugeschaffene Arbeitsplatz die öffentlichen Haushalte sofort um knapp 20 000 € pro Jahr entlastet. Der Rest kann über Infrastrukturanleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgebracht werden. Dafür ist das Geldvermögen in Deutschland groß genug, es ist Aufgabe des Staates, durch steuerliche Anreize oder auch Strafen den Kapitalfluß in Spekulationsblasen zu stoppen und in reale Investitionen zu lenken. Dieses Argument allein sollte reichen, um zu zeigen, daß es nicht ein Mangel an Geld ist, der uns aufhält, sondern die kranke Vorstellung, daß Spekulation schneller und einfacher Profite abwirft als realwirtschaftliche Investitionen.

Für die, die es genauer wissen wollen, sei folgendes gesagt:

Die künftige Haushaltsplanung Berlins

> **„Den Finanzpunkt anlangend, so ist darüber von einsichtsvollen Leuten keine weitere Einwendung zu befürchten, sobald nachgewiesen ist, daß das so verwendete Kapital die höchsten Interessen im Lande trägt. Unter dieser Voraussetzung kann kein Aufwand zu groß befunden werden.“**
>
> **Friedrich List (1789-1846)**

Friedrich List: Das Staatskreditsystem

„Das Staatskreditsystem ist eine der schönsten Schöpfungen der neuern Staatskunst und ein Segen für die Nationen, insofern es als Mittel dient, die Kosten derjenigen Leistungen und Bestrebungen der gegenwärtigen Generation, welche der Nationalität für alle künftigen Zeiten zugute kommen und ihr Existenz, Wachstum, Größe, Macht und Vermehrung der Produktivkraft verbürgen, auf viele Generationen zu verteilen; zum Fluch wird es nur, wenn es zu unnützen Nationalkonsumtionen dient und somit die Fortschritte künftiger Generationen nicht nur nicht fördert, sondern sie der Mittel zu Herstellung großartiger Nationalwerke zum voraus beraubt, oder auch, wenn die Last der Verzinsung der Nationalschuld auf die Konsumtionen der arbeitenden Klassen statt auf das Kapitalvermögen geworfen wird.
Staatsschulden sind Wechsel, welche die gegenwärtige Generation auf die künftige Generation zieht. Dies kann im besondern Interesse der gegenwärtigen oder im besondern Interesse der künftigen Generation oder im gemeinschaftlichen Interesse geschehen. Nur im ersten Fall ist dieses Mittel ein verwerfliches. Alle Fälle aber, wobei es sich um die Erhaltung und Förderung der Nationalität handelt, insoweit die dazu erforderlichen Mittel die Kräfte der gegenwärtigen Generation übersteigen, gehören in die letztere Kategorie.
Kein Aufwand der gegenwärtigen Generation gereicht so entschieden und so vorzugsweise zum besondern Vorteil der künftigen Generation als der für die Verbesserung der Transportmittel, zumal da in der Regel dergleichen Anlagen, außerdem daß sie die produktiven Kräfte der künftigen Generation außerordentlich und in fortwährend steigender Progression vermehren, im Lauf der Zeit nicht nur sich hinreichend verzinsen, sondern auch noch Dividenden bringen. Der gegenwärtigen Generation ist es demnach nicht allein erlaubt, den Kapitalaufwand sowohl als die Verzinsung dieser Werke, solange sie noch nicht zureichend rentieren, auf die Schultern der künftigen Generation zu werfen, sondern sie handelt sogar ungerecht gegen sich selbst und gegen die wahren Grundsätze der Nationalökonomie, wenn sie diese Last oder einen namhaften Teil derselben auf die eigenen Schultern nimmt.“

Friedrich List, Das Nationale System der Politischen Ökonomie, 24. Kapitel: Die Manufakturkraft und das Prinzip der Stetigkeit und Werkfortsetzung.

muß in
1) laufende Kosten;
2) Investitionen in neues Volksvermögen
aufgeteilt und getrennt gerechnet werden. Laufende Kosten müssen aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Investitionen in öffentliches Sachkapital, wie Infrastruktur, sollen den nächsten zwei Generationen zugute kommen und müssen entsprechend ihrer zu erwartenden Lebensdauer und Bedeutung finanziert werden (Siehe Kasten oben).

Dies war die Methode, die während der industriellen Revolution und während des Nachkriegswirtschaftswunders angewandt wurde, als Geldvermögen und Einkommen zu gering waren, um ohne staatliche Kreditfinanzierung die Wirtschaft in Gang zu bringen. Die heutige Situation mag anders sein, das Prinzip ändert sich aber nicht. Entsprechend fand dieses Denken Eingang ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und in die Verfassung Berlins.

Nach Artikel 87 (2) der Verfassung von Berlin „dürfen die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten.“ Das heißt, daß der Kreditrahmen für Investitionen, solange sinnvolle Projekte durchzuführen sind, beliebig ausgeweitet werden kann. Das hat übrigens noch nie zu Inflation geführt, wird es auch nie, da für das so ausgegebene Geld reale Gegenwerte entstehen.

Um dieser Politik die bundespolitische Rückendeckung zu geben, werde ich andere Landesregierungen auffordern, ähnliche Programme umzusetzen, und die Bundesregierung auffordern, den Maastrichter Vertrag aufzukündigen und das Stabilitätsgesetz von 1967 zu reaktivieren, welches besondere Maßnahmen zur Abwendung einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes vorsieht (siehe Kasten nächste Seite).

Gleichzeitig werde ich eine internationale Konferenz für Eurasische Entwicklung in Berlin einberufen, zu der einflußreiche Persönlichkeiten aus vielen Ländern, wie Deutschland und seinen Nachbarländern, Rußland, USA, China, Indien, Türkei usw. kommen werden. Ziel dieser Konferenz wird es sein, umfangreiche Entwicklungsperspektiven für die Kontinente Europa und Asien zu entwickeln. (Durch diesen Motor werden wir auch die Kraft bekommen, den von Kolonialismus und Globalisierung zerstörten Kontinenten Afrika und Südamerika langfristig zu helfen.)

Um sicherzustellen, daß dieses Programm auf die beste mögliche Weise und mit dem größten langfristigen Nutzen umgesetzt wird, werde ich einen „Rat für physische Ökonomie“ ernennen, dem für Senat und Abgeordnetenhaus eine beratende Funktion zukommt.

Mitglieder der LaRouche-Jugendbewegung mobilisieren mit diesen Ideen die Bevölkerung.

BüSo
Bürgerrechtsbewegung Solidarität

Das Stabilitätsgesetz

Das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom 8. Juni 1967 ist eines der Gesetze, auf die in den wichtigen Grundgesetzartikeln 109 und 115 verwiesen wird. Art. 109 GG sieht besondere Maßnahmen „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ vor. Art. 115 GG setzt den Rahmen für die Kreditbeschaffung des Bundes: „Die Einnahmen aus Krediten dürfen die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Nähere wird durch Bundesgesetze geregelt.“

Im rot-roten Haushalt überschreiten die Ausgaben für Schuldenausgleich die Ausgaben für Investitionen. Auf diesen verfassungswidrigen Umstand gibt es grundsätzlich zwei mögliche Reaktionen, von denen aber nur eine funktioniert: Die Neokonservativen fordern den radikalen Abbau der Neuverschuldung durch drastische Einsparungen vor allem in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Soziales. Das funktioniert nicht, denn die Zerschlagung der Sozialsystems und erhebliche Senkung der Realeinkommen führt auch zu weiteren Steuerausfällen. Die Haushaltskrise verschlimmert sich, es kommt zu einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale.

Die zweite, von den Neocons bewußt unterschlagene Alternative ist das Stabilitätsgesetz von 1967. Auf dem Höhepunkt der damaligen Rezession (mit damals 420000 Arbeitslosen) von der im Dezember 1966 gebildeten Großen Koalition im Juni 1967 erlassen, gibt das Gesetz der Regierung Vollmachten zu besonderer Konjunktur- und Arbeitsmarktförderung. Zur Wiederherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ist auch eine besondere Kreditaufnahme vorgesehen, damit die öffentliche Hand „zusätzliche Ausgaben“ über die laufenden Haushaltmittel hinaus tätigen kann, und zwar vor allem für „besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden“. Der Finanzminister wurde ermächtigt, zusätzliche Kredite in Höhe bis zu 5 Mrd. DM pro Haushaltsjahr aufzunehmen. Die Regierung schuf bis 1970 unter Einsatz von insgesamt 8 Mrd. DM an Sonderkrediten 320000 Arbeitsplätze und senkte so die Arbeitslosigkeit um 75%.

Das Gesetz sieht vor, „die Planung geeigneter Investitionsvorhaben so zu beschleunigen, daß mit ihrer Durchführung kurzfristig begonnen werden kann“, wobei der Schwerpunkt dieser Vorhaben in folgenden drei Bereichen liegen soll:

1) „Erhaltung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen“;

2) „Anpassung von Betrieben oder Wirtschaftszweigen an neue Bedingungen“;

3) „Förderung des Produktivitätsfortschritts und des Wachstums von Betrieben oder Wirtschaftszweigen, insbesondere durch Entwicklung neuer Produktionsmethoden und –richtungen“.

Um sicherzustellen, daß die Sonderkredite auch wirklich in produktive Investitionen fließen, sieht das Gesetz drastische Eingriffe des Staates in die Kreditvergabe vor. Demnach kann „zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ die gesamte Kreditaufnahme der öffentlichen Hand beschränkt werden, mit der einen, aber sehr wichtigen Ausnahme: der „Finanzierung von Investitionsvorhaben“.

Ursprünglich für die Lage von 1967 abgefaßt, müßte das Gesetz für die heutige Wirtschaftsnotlage so angepaßt werden, daß unter Berücksichtigung der sehr viel höheren Arbeitslosigkeit und der fortgeschrittenen Inflation ein wesentlich höherer Betrag für Sonderkredite genehmigt würde. Die BüSo fordert einen Betrag von 200 Mrd. € für Deutschland, wovon ca. 10 Mrd. € für Berlin vorgesehen wären.

Impressum

Herausgegeben vom
BüSo-Landesverband Berlin,
Postfach 652049, D-13315 Berlin.

V.i.S.d.P. Daniel Buchmann,
Postfach 652049, D-13315 Berlin.
September 2006

Bildnachweis:
Hintergrund Titelseite: Siemens Pressebild, Helga Zepp-LaRouche auf S. 2: Helen Möller, Transrapid auf S. 4: Yosemite @ wikimedia - GNU Free Doc. License, Kraftwerk auf S. 4: Teollisuuden Voima Oy @ wikimedia - GNU Free Doc. License, LaRouche Jugendbewegung auf S. 8: Helen Möller, Lyndon LaRouche auf S. 13: Stuart Lewis, EIR.

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten unserer Jugendbewegung!

- ❑ Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.
- ❑ Ich möchte selbst im Wahlkampf der BüSo aktiv werden: Schicken Sie mir _____ aktuelle Flugblätter und/oder _____ Exemplare dieser Broschüre zum Verteilen.
- ❑ Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität 4 Wochen kostenlos zum Kennenlernen.

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

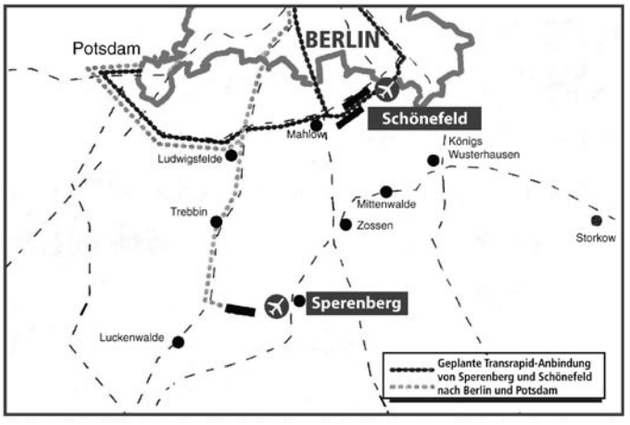
PLZ, Ort Email

Telefon

Datum, Unterschrift

Die eurasische Perspektive für Berlin

von Daniel Buchmann



Es ist der arroganten und aggressiven Politik der außer Kontrolle geratenen Regierung Cheney/Bush in den USA zu danken, daß die Nationen Asiens ihre Zusammenarbeit in einer Weise und Geschwindigkeit vertiefen, die jeden europäischen Beobachter erstaunen läßt. 2001 wurde die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) gegründet, an der sich Rußland, China und vier zentralasiatische Nationen beteiligten. Im Juni 2006 trafen sich in Shanghai die Staats- und Regierungschefs der SCO sowie Indiens, des Iran und Pakistans, wobei der Bankrott des internationalen Finanz- und Währungssystems mehr und mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückte.

Es gibt weltweit Hunderte von Millionenstädten, viele in Asien, die über so gut wie keine moderne Infrastruktur verfügen, die in Müll und Abwasser ersticken und die für die meisten ihrer Einwohner keine vernünftigen Behausungen anbieten können, wo die meisten Menschen nur Nahrung minderwertiger Qualität verzehren können, etc. Die große Aufgabe der Menschheit wird es sein, in diese unterentwickelten Regionen Zivilisation und Menschenwürde zu bringen.

Das wird mit den Technologien des 20. Jahrhunderts wie den auf Erdöl basierenden Treibstoffen nicht möglich sein. Zu den Zukunftstechnologien gehören Treibstoffe auf Wasserstoffbasis und die Magnetschwebetechnik, die sehr schnell umgesetzt werden können, sobald der politische Wille dazu vorhanden ist.

Deutschland ist das einzige Land, in dem alle drei Hauptkorridore der Landbrücke zusammenlaufen. Somit ist Deutschland prädestiniert, Drehscheibe der Eurasischen Landbrücke zu sein. Berlin wiederum ist die Drehscheibe Deutschlands. Genau hier liegt der Ansatzpunkt, eine umfassende Neuindustrialisierung Berlins und der Region einzuleiten - nicht als Selbstzweck, sondern als Sprungbrett nach Eurasien.

Im Gegensatz zu dem dümmlichen Gefasel der typischen 68er, Maschinen vernichteten Arbeitsplätze, gibt es weltweit und auch hierzulande einen massiven Mangel an der Produktion industrieller Güter. Allein die Gemeinden Deutschlands beklagen einen Investitionsstau im Bereich der grundlegenden kommunalen Infrastruktur von über 650 Milliarden Euro. Jedes Jahr gehen uns durch Massenarbeitslosigkeit und fehlende Investitionen Hunderte Milliarden an möglicher Wertschöpfung verloren. In anderen Ländern sieht es oft noch viel, viel schlechter aus.

Diesen Mangel zu beseitigen, wird noch sehr viel menschliche und maschinelle Arbeit erfordern. Berlin ist eine der Regionen, die dazu in der Lage wären, die notwendigen Technologien zu produzieren, welche die Menschheit im 21. Jh. um einige Schritte nach vorn brächten.

DAS PROGRAMM FÜR BERLIN

Der Schlüssel zur Reindustrialisierung Berlins liegt in seiner Rolle als Drehkreuz und Technologieproduktionszentrum für die Eurasische Landbrücke. Die Initialzündung für den wirklichen Aufschwung kann der Aufbau eines interkontinentalen Fracht- und Personenflughafens sein, wie er an Plätzen wie Sperenberg oder Jüterbog möglich wäre. Dieser Flughafen würde, wie man es uns in Shanghai vormacht, durch den Transrapid mit dem Zentrum Berlins verbunden.

Diese Projekte dürfen, um erfolgreich zu sein, entgegen den jetzigen Vorschriften nicht europaweit ausgeschrieben werden, sondern müssen an bestehende und noch zu gründende Firmen in Deutschland und insbesondere in der Region Berlin-Brandenburg vergeben werden. So kann die Region Berlin-Brandenburg die produktiven Kräfte und Technologien entwickeln, die später zum Exportschlager für Eurasien werden.

Nebenbei bemerkt: Zur Zeit verfügt die Region Berlin-Brandenburg nicht einmal über die Firmen und Kapazitäten, den Schönefelder Flughafen selbst auszubauen. Das bisherige Flughafenkonzept würde nur eine Verschiebung der Arbeitsplätze von Tempelhof und Tegel nach Schönefeld bedeuten. Weder der Flughafenbetrieb noch der Bau schaffen auch nur einen einzigen neuen produktiven Arbeitsplatz.

In Berlin können revolutionäre Infrastrukturtechnologien entwickelt, produziert, in der Praxis erprobt und verbessert werden, um diese Technologien der Welt anzubieten. Dazu gehören die Entwicklung von Antriebstechniken auf Wasserstoffbasis für Autos, Cargo-Cap (unterirdischer Güterverkehr in Ballungszentren) sowie Transrapid und Magnetschwebetechniken, die noch ganz am Anfang stehen, neue Systeme für den Überschallflug, der noch immer viel zu teuer ist, die Weltraumfahrt u.v.m.

Um diese neuen Industrien wird sich eine Zulieferindustrie bilden, die dem Werkzeugmaschinenbau massenhaft Aufträge geben wird. Dieser wird mit neuen Technologien auch ganz neue Wege beschreiten, z.B. ermöglicht die Lasertechnik ein präziseres Arbeiten als alle bisherigen Verfahrensweisen. Diese Entwicklungen werden in andere Bereiche wie Medizintechnik, Erforschung und Herstellung neuer Werkstoffe etc. hineinwirken.

Die Reindustrialisierung Berlins ist der Schlüssel zur Schaffung des volkswirtschaftlichen Vermögens, das notwendig ist, um alle Funktionen der modernen Gesellschaft: Bildung, Gesundheit, Sozialstaat, Kultur und grundlegende Infrastruktur aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Schuldenabbau funktioniert nur durch Investitionen, Arbeitsplätze schafft man nur durch Investitionen in neues Volksvermögen. Dazu hat der Staat das Recht und die Pflicht.

Bildungskollaps

Zurück zum Humboldt'schen Bildungssystem

von Rosa Tennenbaum, BüSo-Kandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus

Berlins Bildungssenator Klaus Böger (SPD) hat recht, wenn er sagt, die Schule sei „der Ort, an dem gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufeinanderprallen". Seine eigene Partei hat kräftig an diesen Fehlentwicklungen mitgewirkt, ganz besonders in der Schule. Berlin liegt zusammen mit Hamburg und Bremen bei allen relevanten Erhebungen über Bildung auf den letzten Plätzen. Jeder zweite Hauptschulabgänger gilt als nicht ausbildungsfähig - nach neun Jahren Schule, wohlgemerkt. Selbst die Kulturtechniken Schreiben, Lesen, Rechnen werden mangelhaft beherrscht, hinzu kommen Schwächen beim Sprechen, in der Allgemeinbildung und im sozialen Verhalten. Weitere 42% werden von der IHK als beschränkt ausbildungsfähig bewertet, wenn sie Zusatzmaßnahmen während der Lehre erhalten. Insgesamt verlassen rund 15% die Schule als funktionale Analphabeten.

Nur 5% der Hauptschulabgänger gelten als uneingeschränkt ausbildungsfähig - wenn sie denn einen Ausbildungsplatz finden, was in der Regel nicht gelingt. Von 52 Schulabgängern an der Rütli-Schule haben lediglich vier eine Lehrstelle gefunden. An anderen Schulen sieht es ähnlich aus; die Ausbildungsquote beträgt national 56% für deutsche und 25% für ausländische Hauptschüler. In Bezirken wie Neukölln wächst bereits in vielen Familien die dritte Generation in Arbeitslosigkeit heran - ohne Aussicht auf Besserung, ohne jegliche positive Perspektive.

Die Arbeitslosigkeit ist ein wesentlicher Faktor des Problems, das die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) mit ihrer Forderung, daß Berlin wieder Industriestadt werden müsse, angeht. Unsere Gesellschaft muß den Heranwachsenden die Aussicht bieten, daß sie ihre Lage und die ihrer Familien verbessern können, wenn sie sich entsprechend anstrengen. Sie muß ihnen berufliche und soziale Aufstiegschancen eröffnen, sonst wird sich in den Schulen nichts ändern können. Die Lösung der Arbeitslosigkeit ist die Voraussetzung, daß sich in der Bildung irgendetwas bewegen läßt.

Das Problem beginnt schon vor der Hauptschule in den Familien. 64% der eingeschulten Kinder, also mit etwa sechs Jahren, zeigen erhebliche Entwicklungsstörungen. Jedes zweite dieser Kinder kann nicht einmal richtig sprechen, zeigt einen Sprachentwicklungsstand wie ein Zweijähriger. Warum? Weil wir nicht mehr miteinander reden. Ehepaare sprechen rund acht Minuten am Tag miteinander, mit ihrem Kind sieben Minuten. Fernsehkinder lernen gar nicht sprechen. Das gilt für deutsche wie für ausländische Kinder gleichermaßen. Wir werden eine Gesellschaft von Autisten.

Es wird viel über den Ausländeranteil in den Klassen gesprochen, der ein Problem darstelle. Wichtiger aber ist die wachsende Zahl von Kindern aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten. Unsere Gesellschaft verarmt und verblödet, und ein wesentlicher Grund dafür sind die elektronischen Medien. Deutsche Hauptschüler verbringen vier bis fünf Stunden täglich vor dem Fernseher, ausländische fünf bis sechs. Jeder zweite Zwölfjährige hat einen eigenen Fernseher auf seinem Zimmer; das ist in der Regel das Ende der Schullaufbahn. Von den Kindern, die keinen eigenen Fernseher haben, bekommt jedes zweite eine Empfehlung für das Gymnasium, bei denen mit eigenem Fernseher ist es genau umgekehrt: 42% dieser Kinder bekommen eine Empfehlung für die Hauptschule.

Die Jugend habe keine Werte mehr, wird geklagt. Woher soll sie sie denn haben? Von den Politikern etwa, die in den Sonntagsreden so gern die Familie hochleben lassen, von Anstand, Verläßlichkeit, Respekt schwadronieren, in ihrem politischen und privaten Leben aber genau das Gegenteil tun? Wir wollen Werte vermitteln, wo wir doch selbst keine haben?

Unsere Gesellschaft ist krank, schwer krank, und was wir zur Zeit aus den Schulen hören, ist davon nur ein Ausdruck.

Was kann man in dieser Lage von den Parteien erhoffen? Es wird viel und laut gestritten, aber die Unterschiede sind nicht groß. Die aktuelle Diskussion bewegt sich entlang der alten Kampflinien. Die sogenannte Linke streitet immer noch für die Gesamtschule, die jetzt als Gemeinschaftsschule Auferstehung feiert, mit den alten, längst widerlegten Argumenten. Sie nutzt die zugespitzte Lage an den Hauptschulen aus, um sie ganz abzuschaffen. Dabei spricht man von der Hauptschule, doch eigentlich meint man das Gymnasium. Die Vorsitzende der Berliner GEW, Rose-Marie Seggelke, sagte im Radio, nicht nur die Hauptschule müsse verschwinden, sondern das Gymnasium gleich mit, denn es gäbe sonst immer Eltern, die ihre Kinder auf eine bessere Schule schicken würden. Es ist ihr also lieber, wenn alle auf eine schlechtere Schule gehen, als daß die, die immer unten standen, aufsteigen können. Das ist die Engstirnigkeit der 68er in Reinform.

Es sind die gleichen Schlagworte wie in den 70er Jahren: Chancengleichheit!

Schiller, Goethe und die Humboldts im Gespräch

Die LaRouche-Jugendbewegung beim Geometriestudium

Fördern statt Auslesen! Das klingt gut, nur das Konzept dahinter stimmt nicht. Wenn alle Kinder auf die gleiche Schule gehen sollen, dann muß sie das höchste Niveau bieten und nicht das miserabelste. Alle Kinder müssen am Wissen teilhaben dürfen, nicht nur die, deren Eltern sich einen Privatlehrer leisten können. Das ist der grundlegend falsche Ansatz der Reformpädagogik bis heute.

Alle Parteien gemeinsam wollen, daß der Unterricht sich stärker an der Praxis orientieren soll, mal wird das als „Berufsweltorientierung", mal als „produktives Lernen" verklausuliert. Alle diese Vorschläge sind eine Kapitulation vor den Problemen; sie werden das Leistungsniveau in den Schulen noch weiter absinken lassen.

Bildungspolitiker tun immer so, als müßten sie Bildung neu erfinden. Damit stellen sie nur ihre Dummheit zur Schau, denn dieses Land hatte das beste Bildungssystem der Welt, bis unter Willy Brandt die unselige Ära der Schulreformen eingeleitet wurde. Schauen wir uns dieses Bildungssystem doch einmal an:

HUMBOLDTS BILDUNGSIDEE

Wilhelm von Humboldt (1767-1835) war der große Bildungsreformator des 19. Jahrhunderts. Erziehung, so meinte er, solle dem Heranwachsenden ermöglichen, alle seine Fähigkeiten und Anlagen zu entdecken und zu entwickeln. Die Schule hat nicht die Aufgabe, auf einen künftigen Beruf oder das Universitätsstudium vorzubereiten, ihr alleiniger Zweck ist die Bildung des Heranwachsenden zum schönen Charakter.

Deshalb darf der Unterricht genau nicht „praxisorientiert" sein. Je enger man die Erziehung faßt, je früher man mit der Berufsorientierung anfängt, desto mehr beschneidet man die Berufs- und Lebensaussichten des Schülers. Praxisorientierter Unterricht ist Zeit- und Geldverschwendung, denn der Mensch wird weder unfassend gebildet, noch auf seinen Beruf vernünftig vorbereitet. Jede Form von Nützlichkeitsdenken schloß Wilhelm kategorisch aus der Bildung aus, darauf gründet sich der beispiellose Erfolg seiner Bildungsidee. *Bildung war ein Wert an sich, der jedem Menschen zustand*, gleichgültig, welcher sozialen Schicht er angehörte. Alles, was der Heranwachsende in seinem Beruf brauchte, sollte er nach dem Abschluß der Schule, wenn er seine Lehre beginnt, lernen. Die Erziehung, die er bis dahin genossen hatte, war so umfassend, daß er sich das nun geforderte Spezialwissen rasch aneignen konnte.

Wir brauchen auch ein anderes Verständnis von Lernen. Lernen heißt nicht Pauken von Zahlen, Daten und Fakten, die man auf Anfrage korrekt wiedergeben kann; das kann jeder Computer besser als wir. Lernen ist ein Prozeß wachsender Einsichten und tieferen Begreifens, wobei jede erworbene Kenntnis als Sprungbrett für weitere Einsichten dient. Der Unterricht darf sich nicht mit Alltagsgeschwätz aufhalten, soll nicht wirklichkeitsorientiert sein, das kennt der Schüler ohnehin. In der Schule soll er eine idealische Sicht der Welt und des Menschen erfahren, er soll die Evolution der menschlichen Erkenntnis studieren und regelrecht wiederentdecken. Dann entdeckt er seine eigenen kognitiven und kreativen Fähigkeiten und wird unabhängig von äußerer Einflußnahme. Gerade im Internet-Zeitalter, wo wir mit einer Masse von Informationen überflutet werden, muß sich die Schule auf die prinzipiellen, formgebenden Inhalte konzentrieren.

Humboldt lehnte die Erziehung nach Ständen ab, und er überwand sie, indem er in den öffentlichen Schulen eine Bildung etablierte, mit der kein Privatlehrer mithalten konnte, so daß der Adel gezwungen war, seine Zöglinge auf das staatliche Gymnasium zu schicken, wo sie neben dem Handwerker- und Bauernsohn die Schulbank drückten. Das ist Chancengleichheit! Die jahrhundertelange Vormachtstellung des Adels war gebrochen, und für einige Jahrzehnte setzte der zweite Stand die Maßstäbe in Bildung und Kultur. Gleichzeitig war die Basis für den ungeahnten Aufstieg Preußens und Deutschlands auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Technik und der Kultur gelegt.

RENAISSANCE SCHÖPFERISCHER BILDUNG

Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen. Wir brauchen eine einheitliche Bildung für alle Kinder, und zwar auf einem hohen inhaltlichen Niveau. Die Disziplinlosigkeit in den Schulen ist auch eine Folge der geistigen Unterforderung. Schüler müssen die Erfahrung machen dürfen, daß sie selbst denken können, und nicht im Unterricht mit irgend etwas beschäftigt werden, dann wird der Aggressionspegel automatisch sinken. Ersetzen wir die neue Mathematik durch konstruktive Geometrie und fordern wir die Schüler heraus, sich mit alten Sprachen, die allein schon wegen ihrer Fremdheit faszinieren, zu beschäftigen! Fördern wir das Sozialverhalten und das kreative Denkvermögen der Jugendlichen, indem sie ein Instrument lernen und im Schulorchester spielen dürfen! Auf die Krise der Schule mit einer Hinwendung zum praktischen, handwerklichen Unterricht zu antworten, mag zwar die drängendsten Probleme vorübergehend mildern, es wäre aber letztendlich eine Kapitulation und ein Rückfall in die Ständeerziehung des 18. Jahrhunderts.

Rosa Tennenbaum ist BüSo-Direktkandidatin in Pankow (WK 4)

Humboldt & Bildung

Humboldt habe unser drei-gliedriges Schulsystem erfunden, wird behauptet. Das stimmt so nicht. Unter Dreigliedrigkeit verstehen wir heute drei parallele Schultypen - Hauptschule, Realschule, Gymnasium -, die in Konkurrenz zueinander stehen. Bei Humboldt waren es aber Elementarschule, Gymnasium, Universität. In der Elementarschule wurden die Kinder die ersten vier Schuljahre unterrichtet, dann wechselten alle auf das Gymnasium, das in neun Jahren bis zum Abitur führte. Da nicht alle Kinder bis zum 18. Lebensjahr die Schule besuchen konnten oder wollten, mußte der Lehrplan so gestaltet werden, daß der Schüler jederzeit das Gymnasium verlassen konnte, ohne mit einer abgebrochenen Erziehung dazustehen. Der Unterricht war für alle gleich, und alle gingen auf die gleiche Schule. Es gab keine parallelen Schultypen und keine anderen Schulformen; die Realschule schaffte er ab. Jeder Heranwachsende sollte die gleiche, bestmögliche Erziehung erhalten. Für diese Form der Einheitsschule könnte man sicher auch heute die meisten Eltern gewinnen.

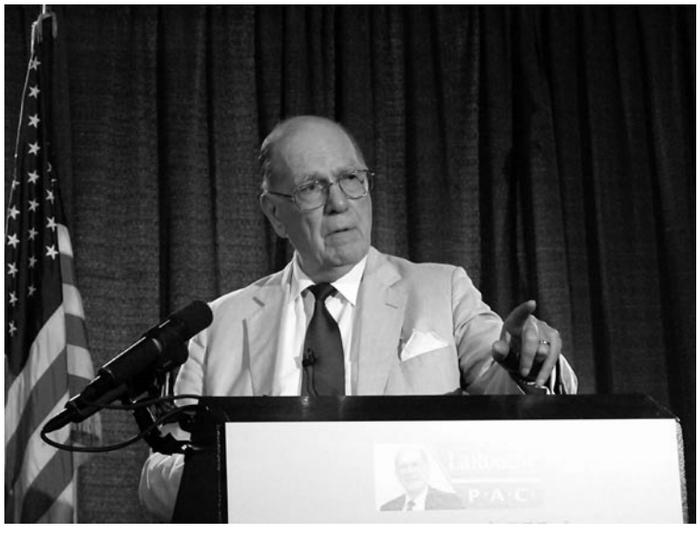
Madrid II
LaRouche unterstützt Beilins Vorschlag für neue Friedenskonferenz

LaRouches Aktionskomitee (LPAC) veröffentlichte am 14. August die folgende Presseerklärung

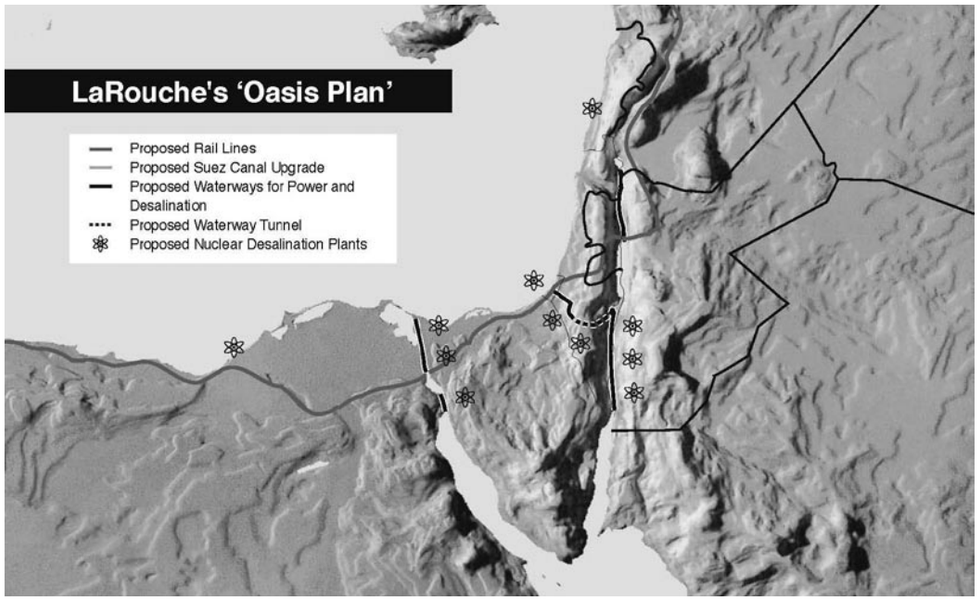
Der amerikanische Oppositionspolitiker Lyndon LaRouche unterstützte am 13. August sehr nachdrücklich den Vorschlag des früheren israelischen Ministers Jossi Beilin, in Anlehnung an die Nahost-Friedenskonferenz in Madrid 1991 umgehend eine „Madrid II"-Konferenz einzuberufen. Das Ziel ist ein umfassender Nahostfrieden, einschließlich der Gründung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und dem Gazastreifen, im Sinne der Vorschläge der amerikanischen Präsidenten George Bush senior, Bill Clinton und George Bush junior.

LaRouche mahnte zu raschem Handeln nach Beilins Aufruf, denn „andere Kräfte arbeiten schon fieberhaft in die entgegengesetzte Richtung". Jetzt, solange nach der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats und der Zustimmung der libanesischen und israelischen Regierungen zu ihr die Dinge „im Fluß sind", sei der richtige Zeitpunkt für eine umfassende Friedenslösung. LaRouche fuhr fort: „Wir haben jetzt eine Gelegenheit, aus dem Krieg herauszukommen. Ich kenne Jossi Beilin, und ich bin sicher, daß er meint, was er sagt. Er tritt nicht nur für die Zweistaatenlösung ein, die das einzige ist, was funktionieren kann. Er weiß, daß es eine solide wirtschaftliche Grundlage geben muß, damit ein Frieden von Dauer sein kann."

LaRouche fügte hinzu, die größte Gefahr bestehe jetzt darin, daß „weltweit asymmetrischer Krieg ausbricht, wobei der Nahe Osten als der Zünder dient". Er warnte auch vor euphorischen Reaktionen auf die Sicherheitsratsresolution und die Zustimmung der libanesischen und israelischen Regierung zu ihr. „Die Kriegsgefahr ist nicht beseitigt, die laufenden Ereignisse im Irak wie in Afghanistan unterstreichen das." Ein größerer Durchbruch im Nahost-Friedensprozeß könne auch dazu beitragen, „den USA einen Ausweg aus der Lage in Afghanistan, die die Regierung Bush so gründlich vermasselt hat, zu bahnen. Es gab keinen Sieg der USA in Afghanistan. Bush und Cheney haben dort schmählich versagt."



Lyndon LaRouche inspiriert den weltweiten Widerstand gegen die Finanzkartelle.



DOKUMENTATION

Jossi Beilins Vorschlag erschien am 13. August in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz in einem Artikel mit der Überschrift „Die Kommission ‚am Morgen danach'". Beilin warnt dort, auf den israelischen Regierungschef Ehud Olmert kämen vielfache Forderungen nach Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den fatalen Fehlschlägen der Libanon-Invasion 2006 zu. Das Beste wäre, wenn Olmert eine solche Kommission von sich aus einsetzte. Aber was Israel eigentlich brauche, sei ein mutiger Vorstoß für den Frieden.

Beilin, einer der wichtigsten Unterhändler der Osloer Verträge und der vom früheren US-Präsidenten Bill Clinton organisierten Friedensverhandlungen, erklärt dazu:

„Der Versuch, eine zweite Madrid-Konferenz einzuberufen, wäre ein großer, dramatischer politischer Schritt, der zumindest anfänglich von einer sehr großen Mehrheit der Öffentlichkeit

und der Knesset angenommen würde. Die erste Madrider Konferenz, die im Oktober 1991 stattfand, hat das Gesicht des Nahen Ostens verändert und ermöglichte zum ersten Mal in der Geschichte direkte Verhandlungen zwischen Israel und Syrien, dem Libanon und einer jordanisch-palästinensischen Delegation über ein Friedensabkommen. Die Gespräche führten genau drei Jahre später zum israelisch-jordanischen Friedensabkommen, das die von Israel und der PLO unterzeichneten Osloer Verträge möglich gemacht hatten. Die Gespräche mit dem Libanon waren ganz von denen mit Syrien abhängig und liefen sich daher tot. Die Gespräche mit Syrien, die 1996 eingestellt und 1999 wieder aufgegriffen wurden, kamen erneut zum Stillstand, als die Seiten eine Einigung in allen Tagesordnungspunkten außer dem des nordöstlichen Küstenverlaufs der Kinneret erreichten."

Beilin erklärt weiter: „Es ist wahr, daß seither viele schreckliche Dinge geschehen sind: die zweite Intifada, der Sieg der Hamas, der 11. September, iranischer Extremismus, der Konflikt in Gaza nach dem Abzug und ein zweiter Krieg im Libanon. Aber es gab auch positive Entwicklungen. Syrien hat den Libanon verlassen, Saddam Husseins Regime wurde gestürzt, Fouad Siniora wurde zum libanesischen Ministerpräsidenten gewählt, und Baschar Assads und Mahmoud Abbas' Bereitschaft, Verhandlungen mit Israel zu beginnen, schaffen bessere Voraussetzungen für eine zweite Madrid-Konferenz, als sie am Vorabend der ersten existierten.

Man sollte auch hinzufügen, daß die Lücken in den Vereinbarungen über den endgültigen Status sich in den letzten 15 Jahren sehr verkleinert haben. Im Israel des Jahres 2006 herrscht fast Einhelligkeit über einen palästinensischen Staat, und Israels Ministerpräsident ist bereit, einseitig 90% des Westjordanlands aufzugeben. Clintons Vorstoß, Bushs ‚Vision', die Road Map, die Entscheidung des arabischen Gipfels 2002 und die Genfer Initiative - sie alle zeichnen ein klares Bild einer dauerhaften israelisch-palästinensischen Vereinbarung. Und in den öffentlichen und geheimen Gesprächen mit den Syrern seit 1991 werden ebenfalls fast vollständig die Konturen einer israelisch-syrischen Vereinbarung umrissen.

1991 waren es die USA, die sich bemühten, Israel zu überzeugen, an einer solchen Konferenz teilzunehmen. Diesmal wird es Olmerts Aufgabe sein, Präsident Bush zu überzeugen, daß ein Herausbrechen Syriens aus der Achse des Bösen, der Frieden mit dem Libanon und ein Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts praktische Schritte sind, die - wenn sie aufgehen - den Nahen Osten retten und dazu beitragen können, die Reformvision zu erreichen, an die Bush so fest glaubt."

Spenden Sie

Nach der Wahl sollen unsere Aktivitäten weitergehen. Unterstützen Sie uns!

Spendenkonto:
BüSo-Landesverband Berlin
Konto-Nr. 7200 22 878
Berliner Sparkasse
BLZ 100 500 00

Unsere letzte Broschüre erhalten Sie auf www.wlym.de oder rufen Sie uns an unter 030-46605971.

Unterstützung für Daniel Buchmann

Bayrischer Landwirt fordert Reindustrialisierung Berlins

Helmut Eichinger ist Gründungsmitglied von „Food for Peace" und Mitglied des Bundesvorstandes der BüSo

Sehr geehrter Herr Buchmann,

ich begrüße Ihren Entschluß, bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus als Spitzenkandidat unserer Partei anzutreten.

Kein Politiker der etablierten Parteien hat das Verständnis oder den Mut, dem bankrotten Wirtschafts- und Finanzsystem eine Absage zu erteilen und eine Wende einzuleiten - hin zu einem vernünftigen Handelssystem, das den Produzenten kostendeckende Preise garantiert, die Landwirtschaft nicht mehr von Subventionen dahinsiechen läßt und der Industrie die Produktion in heimischen Ländern ermöglicht.

Die Reindustrialisierung Berlins, Deutschlands und Europas, der industrielle Aufbau weltweit zur Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen und Wohlstand für alle, ist allein durch unsere Politik und mit unseren Ideen zu verwirklichen.

Die Landwirtschaft muß vor den räuberischen Methoden der Nahrungsmittelkartelle geschützt und die Nahrungsmittelproduktion unter feudalen Bedingungen eingedämmt werden. Die landwirtschaftlichen Betriebe müssen wieder investieren können - das belebt die Wirtschaft und sichert die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

Dies war von Anbeginn eines der größten Anliegen der BüSo. Politik für das Gemeinwohl ist Politik für das Volk. Positive Ansätze, die in unserem Sinne sind und hoffen lassen, gibt es bereits in Chile unter Präsidentin Bachelet oder in Argentinien unter Präsident Kirchner, der dem Freihandel, den Agrarkartellen und Finanzspekulanten den Kampf ansagt.

So produziert Argentinien nicht mehr Rindfleisch für den Export, um den Banken Schuldendienste zu leisten - wodurch bei uns noch die Rindfleischpreise unter Gestehungskosten gedrückt wurden -, sondern für den heimischen Markt.

Politik für das Gemeinwohl muß erkämpft und immer aufs Neue verteidigt werden. Ich wünsche Ihnen einen erfolgreichen Wahlkampf – damit Berlin wieder zum „Tor der Welt" und nicht zum Ende der Welt wird.

Mit freundlichen Grüßen,
Helmut Eichinger

Amelia Boynton Robinson unterstützt Daniel Buchmann

Amelia Boynton Robinson kämpfte in den 60er Jahren an der Seite Dr. Martin Luther Kings und ist seit zwei Jahrzehnten stellv. Vorsitzende des amerikanischen Schiller-Instituts. Ihre Lebensgeschichte kann man in ihrer Autobiographie „Brücke über den Jordan" nachlesen. Am 25. August gab die amerikanische Bürgerrechtlerin die folgende Unterstützungserklärung für den Berliner Spitzenkandidaten der BüSo Daniel Buchmann ab.

An die Bürger Deutschlands, an alle Freunde des Friedens, der Gerechtigkeit und der Liebe zur Menschheit, und vor allem an die Bürger Berlins:

Ich überbringe Ihnen Grüße von einem Mann, der alle Menschen der Welt liebt, von einem Mann, der zusammen mit Helga Zepp-LaRouche junge Menschen in Deutschland ermutigt, sich zu verantwortlichen Vorbildern zu entwickeln: von Lyndon LaRouche, von seiner internationalen Bewegung und der LaRouche-Jugendbewegung. Auch bringe ich Ihnen Grüße von mir selbst, von Amelia Boynton Robinson, die am Freitag 95 Jahre alt wurde.

Alles hat seine Zeit, doch die Zeit wartet nicht, sie läuft uns davon. Säen hat seine Zeit und ernten hat seine Zeit, heißt es im Buch der Bücher. Zu der Zeit, als in Deutschland gesät wurde, als große Geister die Verfassung schrieben, nach der die Bürger lebten, wuchsen und gediehen, arbeiteten die gesetzestreuen Bürger noch selbstbewußt, um das Land zu ihrem Glück und Stolz zu machen. Große Männer studierten und gaben der Welt die Grundlagen der Wissenschaft und der Mathematik. Das war die Zeit des Säens, und die Deutschen haben sehr gut gesät.

Über die Jahre gab es Zeiten guter und schlechter Führung. Immer wieder mußten einige den bitteren Kelch trinken, und einige mußten sterben. Einige hatten das Gefühl, sie müßten mit dem Strom schwimmen. Einige wollten die Verfassung ändern, um sie ihren Launen anzupassen. Geistige Dornen und Disteln der Korruption fielen auf fruchtbaren Boden, wo sie gedeihen konnten. Sie wollten alle guten Gedanken und Ideen ersticken, die Kultur, Musik, Wissenschaft oder auch nur Filme mit moralischen Lehren zurückbringen könnten. Der Kleidungsstil sank zu „wie man sich halt fühlte" oder „wie's einem gefiel" oder „wie's die Männer mochten" herab. Schwindende Moral, Würde und Selbstachtung verleiten Menschen dazu, zu denken, daß auch sie mit dem Strom schwimmen müßten.

Einige sahen die Möglichkeit, die Regierung zu verbessern. Doch auf dem fruchtbaren Grund, den die Disteln noch nicht überwuchert hatten, gediehen die Dornen und erstickten fast alle guten Samenkörner. Die Oligarchien brachten Hitler hervor und die Synarchisten treiben auf der ganzen Welt ihr Unwesen.

Die Aufgabe ist, die Berliner vor Unheil zu bewahren, indem man sie wissen läßt, daß der Feind keine Grenzen kennt. Die Bürger Berlins werden obsiegen, wenn sie an das Recht glauben und denen das Handwerk legen, die ihr Land zu zerstören versuchen. Die politischen Disteln und Dornen, die vieles an Fortschritt zunichte gemacht und Deutschland geschwächt haben, wuchsen stark. Aber zum Glück gibt es Licht, und dieses Licht geht von der LaRouche-Jugendbewegung aus. Menschen erkennen allmählich, daß diese jungen Menschen Bürger Berlins sind und das Recht haben, gewaltlos dafür zu kämpfen, daß es zu seiner alten Größe zurückkehrt.

Es ist an der Zeit für alle wahren Bürger Berlins, jede Kleinheit aus ihrem Geist zu verbannen und ihr Berlin zurückzugewinnen. Aus den Worten der Bibel über die Jahreszeiten sahen wir, was Dornen und Disteln im Geiste an Verheerung und Desaster anrichten. Säen hat seine Zeit. Ernten hat seine Zeit. Jetzt ist es Zeit, das Alte auszureißen, damit Berlin neu beginnen kann.

Euer Kandidat lebt unter den ärmeren 80% der Bevölkerung Berlins. Er hat sein ganzes Leben hier verbracht. Er ist voller Energie und weiß, wie man Nöte beheben kann. Er ist jung und wird von einigen der Besten in Deutschland unterstützt: von Lyndon LaRouche und seiner Jugendbewegung, und von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, der BüSo, einer Partei, die sich den Problemen der ganzen Welt widmet. Diese jungen Menschen freuen sich an der Geschichte Deutschlands und bei seiner Politik wird die BüSo mit ihrer Vorsitzenden Helga Zepp-LaRouche, die auch das Schiller Institut gründete, stets für Gerechtigkeit eintreten.

Daniel Buchmann hat als Kandidat gezeigt, daß er sich um die Bürger kümmert. So hat er beispielsweise vor, Berlin wieder zu industrialisieren. Das wird Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Das wird Verbesserungen in der Bildung und im moralischen Verhalten der Bürger bedeuten, und daß die Menschen insgesamt mehr Achtung vor sich selbst haben werden.

Wir können die wirtschaftlichen Zwänge sehen, ja spüren, und wir alle wissen, daß wir sie nicht viel länger aushalten werden. Ich bitte daher *alle Wähler* und alle, die wählen *können*, daß unser Bürgermeisterkandidat auf Ihre Stimme zählen kann. Und darum bittet auch der Kandidat: daß er auf alle zählen kann, die alt genug sind, zu wählen, sie ihren Teil beizutragen, zur Wahl zu gehen und für Daniel Buchmann als Bürgermeister für Berlin zu stimmen. Jede Stimme zählt.

Gebete, Glauben und Zuversicht können Berge versetzen, Berge von Hindernissen, die denen man vielleicht auf dem Wege begegnet. Aber vergessen Sie nicht, daß es Einigkeit und Zusammenarbeit sind, die Berge versetzen. Solange Sie das nicht vergessen, kann das Unmögliche möglich werden. So zum Beispiel Gideon, der mit seinen tapferen 300 Männern die 10.000 Kämpfer der Midianiter überwandt. Gott lebt, und Er will, daß wir Glauben und Zuversicht haben, dann werden die nötigen Berge versetzt werden können. Er wird es für Sie tun, halten Sie nur am Glauben fest und fliehen Sie die Furcht, denn die Furcht ist ein Hindernis, das nur schwer zu bewegen ist.

Amelia Boynton Robinson Stellv. Vorsitzende des Schiller-Instituts, USA; Trägerin der Martin-Luther-King-Freiheitsmedaille

Was die BüSo tun will

Eine Zukunft für Berlin und Deutschland!

- **Das globalisierte Wirtschaftssystem ist so bankrott wie die DDR '89.**
- **Die etablierten Parteien haben auf ganzer Linie versagt.**
- **Protestparteien wählen, bringt genauso wenig.**

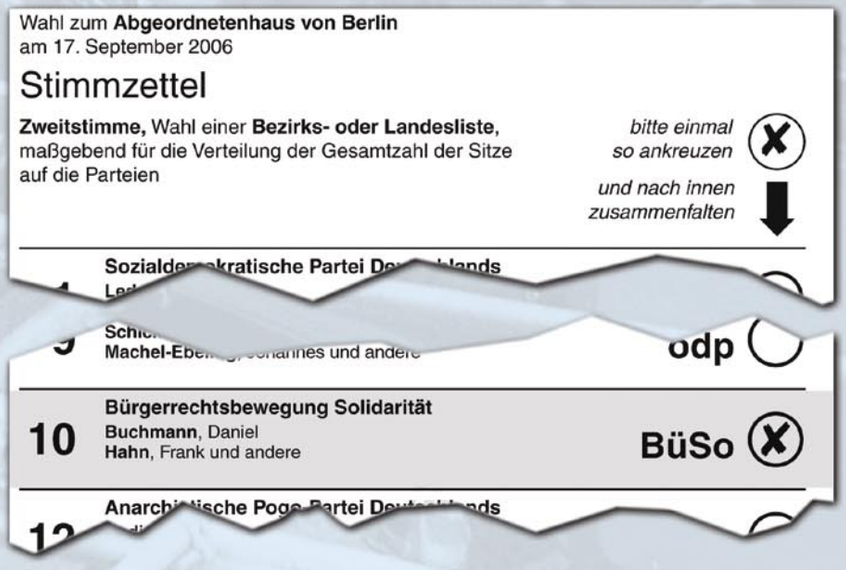
Die BüSo will eine strategische Perspektive, um die Existenz Berlins und Deutschlands zu sichern: mit dem iberoamerikanischen Wirtschaftsverbund MercoSur und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) bilden sich Elemente einer neuen Weltwirtschaftsordnung heraus.

„Es gibt nur einen rationalen Ausweg aus der Krise: Da das heutige Globalisierungssystem hoffnungslos bankrott ist, muß eine Notkonferenz auf der Ebene der Staatschefs abgehalten werden, die ein ‚Neues Bretton Woods', also ein neues Weltfinanzsystem, beschließt."
Helga Zepp-LaRouche

FÜR BERLIN HEISST DAS:

Sparpolitik und Kahlschlag beenden!

- **Breite Investitionen in industrielle Arbeitsplätze und moderne Infrastruktur. Nur mit Vollbeschäftigung lassen sich die Staatsfinanzen wieder in Ordnung bringen, werden Gesundheit und Renten wieder finanzierbar.**
- **Die katastrophale Lage an den Berliner Schulen erfordert dringendes Handeln: Das Bildungssystem muß wieder auf das höchstmögliche geistige und moralische Niveau gehoben werden. Das ist die unabdingbare Voraussetzung für eine produktive Wirtschaft!**


Wahl zum **Abgeordnetenhaus von Berlin**
am 17. September 2006

Stimmzettel

Zweitstimme, Wahl einer **Bezirks- oder Landesliste,** maßgebend für die Verteilung der Gesamtzahl der Sitze auf die Parteien

bitte einmal so ankreuzen

und nach innen zusammenfalten

odp

10 **Bürgerrechtsbewegung Solidarität**
Buchmann, Daniel
Hahn, Frank und andere

BüSo

Rufen Sie uns an

BERLIN:

Hauptstadtbüro:	**030-802 34 05**
Jugendbüro:	**030-46605971**

LANDESVERBÄNDE:

NRW:	**0211-733 78 62**
Bayern:	**089-725 40 11**
Hamburg:	**0171-8384092**
Baden-Württemberg:	**0711-6773726**
Niedersachsen:	**0511-86 83 27**
Sachsen (Dresden):	**0351-4278140**
Sachsen (Leipzig):	**0341-2305848**
Rheinland-Pfalz:	**06131-23 73 84**
Hessen:	**0611-7365302**

www.wlym.de
www.bueso.de
www.solidaritaet.com